
Felix Wittstock

Die nuklearkritische Opposition im Kontext der Endlagersuche

Überlegungen zum aktuellen Stand und
Vorschläge für weitere Untersuchungen

ITAS-ENTRIA-Arbeitsbericht 2015-04



Kontakt

Dr. Peter Hocke-Bergler
Institut für Technikfolgenabschätzung und Systemanalyse (ITAS)
Karlsruher Institut für Technologie (KIT)
Karlstr. 11
76133 Karlsruhe
+49-721-6082-6893
hocke@kit.edu
www.itas.kit.edu

ITAS erforscht im Rahmen von ENTRIA Fragen der Technikfolgenabschätzung im Themenfeld der Entsorgung radioaktiver Reststoffe unter dem Stichwort „Governance zwischen Wissenschaft und öffentlichem Protest“. ENTRIA ist ein in Deutschland neuartiges Verbundprojekt von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern aus unterschiedlichen Disziplinen, die disziplinär und interdisziplinär Bewertungsgrundlagen für drei verschiedene Entsorgungsoptionen erarbeiten. Um Zwischenergebnisse sichtbar zu machen und Einblicke in die Forschungspraxis am ITAS zu gewähren, wurde diese Berichtsreihe ins Leben gerufen. Die Beiträge geben die Meinung der Autorin oder des Autors wieder.

ITAS wird im Rahmen von ENTRIA vom BMBF unter dem Kennzeichen 02S9082D gefördert (Zeitraum 2013-2017).

Zitierweise

Wittstock, Felix (2015): Die nuklearkritische Opposition im Kontext der Endlagersuche. Überlegungen zum aktuellen Stand und Vorschläge für weitere Untersuchungen. Karlsruhe: ITAS-ENTRIA-Arbeitsbericht 2015-04.

Inhaltsverzeichnis

1. Einleitung	4
2. (Neue) Soziale Bewegungen und die Anti-Atomkraftbewegung	4
3. Veränderungen im Kontext der Endlagersuche	6
4. Die nuklearkritische Opposition in der Endlagersuche	7
5. Exkurs: Beobachtung einer atomkraftkritischen Veranstaltung	10
6. Fazit und weiterführende Überlegungen	12
Literaturverzeichnis	15
Anhang	17

1. Einleitung

Im Rahmen der Suche nach einem Endlager für hochradioaktive Abfälle spielen Interessen und Strategien verschiedenster Akteure eine Rolle. Weiterhin wirksam ist der grundsätzliche, hoch politisierte Konflikt um die Nutzung der Atomenergie und ihre Folgen. Die staatlich-parteienpolitische Initiative im Anschluss an den Reaktorunfall in Fukushima 2011 hat dabei eine neue Dynamik in die atompolitische Debatte in der Bundesrepublik gebracht. Alte Konfliktlinien verbinden sich vor diesem Hintergrund auf komplexe Weise mit neuen Problemdefinitionen und Akteurskonstellationen. Für eine problemorientierte sozialwissenschaftliche Endlagerforschung (vgl. Hocke/Grunwald 2006) stellt sich zunächst die Herausforderung, die politische (Konflikt-) Struktur, den verhandelten Gegenstand und die Stakeholder-Aktivitäten adäquat zu beschreiben. Dies betrifft als Endlager-Governance sowohl parlamentarische als auch außerparlamentarische Prozesse, institutionelle und nicht-institutionelle Formen der Interessenaggregation. In den Debatten um das Endlagersuchgesetz und die Einrichtung der Kommission wird deutlich, dass das institutionalisierte Verfahren in seiner jetzigen Form bei unterschiedlichen Akteuren Kritik und Widerstand auslöst. Im Bemühen um eine sachgerechte und gesellschaftlich tragfähige Bearbeitung des Problems nuklearer Entsorgung müssen politische Entscheidungen Protest und Gegenargumente mit ins Kalkül ziehen. Welcher Art diese konkret sind und von welchen Akteuren sie mit welchen Interessen vorgebracht werden, muss zurzeit als offene Frage gelten und bedarf weiterer Untersuchung. Es stellt sich somit die Frage, ob oder inwiefern eine ‚nuklearkritische Opposition‘ als kollektiver Akteur zu bezeichnen wäre oder ob es gar Entwicklungstendenzen gibt, die auf die Herausbildung einer auf die Endlagersuche bezogenen sozialen Bewegung hindeuten.

Ausgehend von diesen Beobachtungen wird in vorliegender Arbeit die Frage nach der ‚nuklearkritischen Opposition‘ im Kontext der Endlagersuche gestellt. Da sich im Atomkonflikt die Anti-Atomkraftbewegung als äußerst einflussreicher Akteur etabliert hat, wird zunächst sie als Teil der neuen sozialen Bewegungen dargestellt, die seit den 1970er-Jahren in Deutschland maßgeblich die politische Kultur beeinflussten. Anschließend werden Veränderungen skizziert, die die Konfliktstruktur bei der Endlagersuche kennzeichnen und für die Beteiligten teils neue Bedingungen im Vergleich zum ‚klassischen‘ Atomkonflikt um die Nutzung der Technologie als solche hervorrufen. Auf dieser Basis wird versucht, die Anti-Atomkraftbewegung, aber auch die nuklearkritische Opposition in einem weiteren Sinne, in diesem Umfeld zu verorten. Dabei werden systematische Überlegungen mit empirischen Beobachtungen auf einer Veranstaltung atomkraftkritischer Gruppen verknüpft. Aufgrund des Mangels an theoretischen, aber vor allem empirischen Grundlagen, werden abschließend Thesen und Vorschläge für die weitere Untersuchung unterbreitet.

2. (Neue) Soziale Bewegungen und die Anti-Atomkraftbewegung

Grundsätzlich lassen sich soziale Bewegungen als auf sozialen Wandel einwirkende, netzwerkartige Akteure beschreiben, die sowohl organisierte als auch fluidere Teile umfassen (vgl. Raschke 1988: 80). Wichtige Merkmale unterscheiden sie von Ad-Hoc-Koalitionen, einzelnen Protestereignissen oder reinen Zweckbündnissen:

„Soziale Bewegung ist ein mobilisierender kollektiver Akteur, der mit einer gewissen Kontinuität auf der Grundlage hoher symbolischer Integration und geringer

Rollenspezifikation mittels variabler Organisations- und Aktionsformen das Ziel verfolgt, grundlegenden sozialen Wandel herbeizuführen, zu verhindern oder rückgängig zu machen.“ (Raschke 1988: 77)

Als Kern der symbolischen Integration gilt gemeinhin eine kollektive Identität, als vorrangige Praxis der Protest (vgl. Rucht 1994: 76f.). Ob in einem konkreten Fall von einer oder mehreren Bewegungen die Rede sein kann, hängt davon ab, inwiefern eine eigene Identität ausgeprägt ist (vgl. Raschke 1988: 82). Eine solche unterscheidet soziale Bewegungen auch von rein instrumentellen Bündnissen (vgl. Diani 2011: 566). In der Regel äußern viele soziale Bewegungen über formaldemokratische Prozesse hinausreichende Partizipations- und Legitimationsansprüche an politische Entscheidungen und Verfahren. Dies drückt sich unter Umständen in der Infragestellung des Mehrheitsprinzips und in der politischen Auseinandersetzung in einem „Kampf[s] konkurrierender Legitimitätsprinzipien“ (Brand 1982: 189) aus. Dabei kann auch das Verhältnis zu etablierten (politisch-administrativen) Institutionen einen wichtigen Teil der Selbst- und Fremdwahrnehmung sozialer Bewegungen ausmachen. Verstanden als „sustained and intentional efforts to foster or retard social changes, primarily outside the normal institutional channels encouraged by authorities“ (Jasper 2011: 565), erscheint die Distanz zu Institutionen als wesentliches Merkmal sozialer Bewegungen. Heute agieren allerdings die meisten sozialen Bewegungen aus taktischen Gründen auch in etablierten Institutionen, und auch nicht-institutioneller Protest nimmt oft institutionelle Formen an (vgl. ebd.). Eine oft „dichotomische Sichtweise“ (Rucht 2011: 21) des Selbst- und Weltbilds („wir“ gegen „sie“) gehört dabei ebenso zu Identität und Politik sozialer Bewegungen wie die (medial vermittelte) öffentliche Selbstdarstellung und Selbstbeschreibung, die in gezieltem „*image management*“ (ebd.) seinen Ausdruck findet.

Solche Bestimmungen können auch auf die von der europäischen Bewegungsforschung vorrangig untersuchten ‚neuen‘ sozialen Bewegungen seit den 1970er-Jahren übertragen werden. Analytisch haben zeitgenössische Beobachter sie anhand der Konfliktlinien politisch rechts-/politisch linksstehend, modernistisch/antimodernistisch, materialistisch/postmaterialistisch einzuordnen versucht (vgl. Brand 1982: 173ff.). Ihr kollektives Handeln setzt die soziale Konstruktion einer kollektiven Identität voraus (vgl. Buechler 2011: 424). Die Analyse und Theorie neuer sozialer Bewegungen reflektierte dabei von Beginn an auch den ‚cultural turn‘, der gegen instrumentell-materielle Auseinandersetzungen in der Politik vor allem symbolische kulturelle Konflikte hervorhob (vgl. Buechler 2011: 424). Demzufolge leben neue soziale Bewegungen auch von ihrer Authentizität und müssen sich an den eigenen (universalistischen) Zielen messen lassen; gefordert ist damit „das exemplarische Einlösen der Ansprüche, die an die Gesamtgesellschaft gestellt werden“ (Roose 2013: 150).

Auch die Anti-Atomkraftbewegung stellt eine neue soziale Bewegung in diesem Sinne dar. Heute ist sie vermutlich der nach wie vor wichtigste, wenn auch mit neuen Bedingungen konfrontierte Akteur der hier zu untersuchenden ‚nuklearkritischen Opposition‘. Es handelt sich um „Individuen, Gruppen und Organisationen, die sich im Rahmen eines größeren, netzwerkartigen Zusammenhangs [...] aktiv und insbesondere mit Mitteln des kollektiven öffentlichen Protests gegen die zivile Nutzung der Atomenergie wenden“ (Rucht 2008: 246). Die Anti-Atomkraftbewegung erlebte einen Mobilisierungsschub mit anderen neuen sozialen Bewegungen in den 1970er- und 1980er-Jahren und besteht immer noch. Insbesondere die Verbindungen mit der Ökologie- und Umweltbewegung äußern sich darin, dass bis heute deren Akteure bei allen Differenzen die Ablehnung der Atomenergie teilen (vgl. Roose 2010: 81). So wird die Anti-Atomkraftbewegung häufig als Teil einer

übergreifenden Umweltbewegung verstanden (vgl. Rucht 2008: 246). Ihre Mitglieder rekrutieren sich überwiegend aus der politischen Linken (vgl. ebd.: 256), sie bilden eine Atomkraft ablehnende „Negativkoalition heterogener politischer und geistiger Strömungen, die aus diesem kleinen, aber zugleich präzisen Nenner ihre Stoßkraft beziehen“ (Rucht 1980: 208). Dies kann als eher schwache kollektive Identität interpretiert werden, die die Bewegung aber öffnet für verschiedenste Personen und Gruppen (vgl. Häfner 2014: 143), immer wieder aktivierbar ist und Kontinuität sichert (vgl. Häfner 2015: 10f.). Als klassische Aktionsformen gelten „Strategien der Aufklärung, der Überzeugung, der Konkurrenz und der Disruption“ (Rucht 1980: 216). Größere Mobilisierungen der Anti-Atomkraftbewegung wurden vor allem von äußeren Faktoren (einzelnen Bauvorhaben, Atomunfällen, Castor-Transporten, etc.) ausgelöst und teils von taktischen Innovationen begleitet (z.B. Besetzungen, Blockaden) (vgl. Rucht 2008: 256). Insbesondere Standortfragen waren immer wieder Anlass für die Mobilisierung von Protest (vgl. Roose 2010: 85). Der Atomkonflikt hat sich dabei als äußerst dauerhaft, politisiert und polarisierend erwiesen. Da zentrale Werte der Konfliktparteien betroffen sind, die Kompromiss- und Verhandlungslösungen unwahrscheinlich machen, beruht aus konfliktsoziologischer Perspektive die Auseinandersetzung um die Atomenergie neben dem Risiko der Technologie auf der ‚Unteilbarkeit‘ des Konflikts (vgl. Roose 2010: 94). Zu seiner Polarisierung trägt außerdem bei, dass er mit den Anliegen anderer sozialer Bewegungen (insbesondere Natur- und Umweltschutz) und allgemein grundlegenden sozialen Fragen verbunden wurde. Dadurch haben sich die Mobilisierungspotenziale gewissermaßen addiert (vgl. Roose 2010: 96). Zudem hatte vor allem in den 1970er-Jahren der Atomkonflikt identitätsstiftende Bedeutung für ein links-alternatives Milieu (vgl. Roose 2010: 98), das als Trägergruppe auch zum starken Misstrauen der Bewegung gegenüber staatlichen Institutionen (vgl. Häfner 2015: 6) beigetragen haben dürfte. Dabei hat die Anti-Atomkraftbewegung durchaus Effekte auf das die Atompolitik betreffende Institutionengefüge ausgeübt, indem sie beispielsweise die Einrichtung von Bundesumweltministerium und Bundesamt für Strahlenschutz, des Öko-Instituts und einiger NGOs beeinflusst hat (vgl. Häfner 2015: 7). Außerdem kann ihr rückblickend eine „präventive Wirkung“ (Rucht 2008: 265) zugeschrieben werden, da weit weniger Atomanlagen gebaut wurden als geplant und zahlreiche Projekte storniert wurden. Während sich die Anti-Atomkraftbewegung in den 1990er-Jahren in einer „Latenzphase“ (Roose 2010: 84) befand und sich immer wieder punktuell einschaltete, kommt ihr nach den Protesten gegen Castor-Transporte heute, insbesondere angesichts der auf den Reaktorunfall in Fukushima 2011 folgenden politischen Entscheidungen zum ‚Atomausstieg‘, erneut erhöhte Aufmerksamkeit zu. Dies wurde beispielsweise anhand neuer Wortmeldungen ihrer Protagonisten bezüglich der ‚Energiewende‘ und erfolgreicher Massenmobilisierung zu Demonstrationen und nuklearkritischen Veranstaltungen deutlich. Welche Erfolgchancen etablierte Organisations- und Mobilisierungsmuster der Anti-Atomkraftbewegung zukünftig haben werden, hängt aber nicht zuletzt von den veränderten Rahmenbedingungen der Endlagersuche ab. Sie beeinflussen auch maßgeblich die Partizipations- und Einflussmöglichkeiten der nuklearkritischen Opposition und ihrer Akteure insgesamt.

3. Veränderungen im Kontext der Endlagersuche

Die ‚top down‘ institutionalisierte Endlagersuche verändert den Problemkontext und die Akteurskonstellation in der Auseinandersetzung um den Umgang mit Atomenergie (vgl. Brunnengräber/Hocke 2014: 60). So lässt sich die Standortsuche in dieser Form als eine den Atomkonflikt beeinflussende Größe beschreiben, der dadurch nicht mehr vergleichbar ist mit der Kontroverse um die Nutzung von Atomenergie an sich (vgl. Brunnengräber 2013: 1). Bei der

Verabschiedung des Standortauswahlgesetzes (StandAG) handelte es sich vor allem um einen parteiübergreifenden Kompromiss, nicht um einen gesellschaftsweiten ‚Konsens‘ (vgl. Häfner 2015: 4; Hocke/Kallenbach-Herbert 2015: 195). Zudem geht es den staatlichen Institutionen im Prozess der Endlagersuche auch um die „Rückgewinnung der Handlungskompetenz auf einem hochpolitisierten Konfliktterrain“ (Brunnengräber/Häfner 2014). Der Staat bestimmt den Diskussionsprozess und es besteht die Möglichkeit, dass „ [...] die gesellschaftliche Debatte über Chancen und Risiken der nuklearen Entsorgung auf Standortfragen reduziert wird“ (Brunnengräber/Hocke 2014: 66). Die Endlagersuche wurde seitens der Parteienpolitik und des Staates institutionell ausgestaltet mit teils neuen institutionellen Akteuren wie der Kommission ‚Lagerung hoch radioaktiver Abfallstoffe‘ und dem Bundesamt für kerntechnische Entsorgung (BfE) (vgl. Häfner 2015: 5). Diese agieren zwar im Umfeld einer hoch politisierten Debatte, an der sich auch NGOs, Bürgerinitiativen, Kirchen und Medien beteiligen, welches auch den wissenschaftlichen Diskurs beeinflusst (vgl. Hocke/Kallenbach-Herbert 2015: 191). Von der jetzigen Form der Problembearbeitung profitieren aber vor allem etablierte staatliche und politische Institutionen (vgl. Häfner 2015: 3). Sie gestalten den Prozess wesentlich und können entsprechend als wirkmächtige Akteure ihre Interpretation der Sachlage und der zu unternehmenden Schritte zur Geltung bringen. Zudem ist Gorleben (das wichtigste Symbol der Anti-Atomkraftbewegung) weiterhin Teil des Suchverfahrens, womit wesentliche Konfliktlinien aus der Vergangenheit aufrechterhalten bleiben¹ (vgl. Brunnengräber 2013: 5). Vor diesem Hintergrund konstatieren Kritiker und wissenschaftliche Beobachter, dem neu angestoßenen Endlagerdiskurs fehle von Beginn an das nötige Vertrauen, obgleich gegenseitiger Respekt und klare Positionen der beteiligten Akteure entscheidend seien (vgl. Schluchter 2014: 143). Die Atompolitik scheint jedenfalls angesichts von Energiewende und Atomausstieg nun im „Zeitalter des Aufräumens“ (Brunnengräber/Mez 2014: 375) angekommen zu sein. Die Endlagersuche erfordert hierbei einen außergewöhnlich breiten Diskurs, der nicht zuletzt ein hohes Niveau an Verfahrensgerechtigkeit gewährleisten muss (vgl. Ott 2014: 250ff.). Ein solcher könnte dann die Grundlage einer rationalen Nachvollziehbarkeit auch unbequemer Standortentscheidungen sein. Für das Gelingen oder Scheitern der Standortsuche dürfte nämlich gerade die Akzeptanz derjenigen gesellschaftlichen Minderheit maßgeblich sein, die vor Ort unmittelbar von der Einlagerung der nuklearen Reststoffe betroffen sein wird. Insofern sollten ihre Interessen besonders berücksichtigt werden (vgl. Schluchter 2014: 140). Dabei müssen auch zivilgesellschaftliche Akteure, die den Atomkonflikt auf ihre Weise seit Jahrzehnten begleiten, von neuen Voraussetzungen ihres Handelns ausgehen: Die Umweltdebatte allgemein wird nicht mehr von Verbänden und Bürgerinitiativen der Zivilgesellschaft beherrscht, sondern auch von Wissenschaft, Wirtschaft und Politik mit je eigenen Zielen und Interessen mitgeprägt (vgl. Uekötter 2011: 228). Auch für die Endlagersuche dürfte gelten, dass die Umweltbewegung ihr „zivilgesellschaftliches Repräsentationsmonopol“ (ebd.: 229) verliert. Gleichwohl erlangen zivilgesellschaftliche Akteure an den „Schnittstellen zwischen formellen und informellen Prozessen“ (ENTRIA 2014: 36) der Endlager-Governance Bedeutung.

4. Die nuklearkritische Opposition in der Endlagersuche

Bereits in den 1980er-Jahren konnte prognostiziert werden, nukleare Entsorgungsprojekte würden „Kristallisationspunkte des bundesweiten Protests gegen die Atomenergie“ (Rucht 1980: 210)

¹ Es ist eine zentrale Forderung der atomkraftkritischen Gruppen, Gorleben aus dem Suchprozess herauszunehmen, da es ihnen als ‚politisch verbrannt‘ und sachlich ungeeignet gilt (vgl. Ott 2014: 242, 253). Gefordert wird stattdessen die ergebnisoffene Suche auf einer ‚weißen Landkarte‘.

werden. Die Trennung von Wiederaufarbeitung und Endlagerung zwang die Bürgerinitiativen, differenziertere und schwerer zu vermittelnde Positionen einzunehmen (vgl. ebd.: 217). Die Ressourcenmobilisierung der Anti-Atomkraftbewegung hing bisher am Konflikt um die Atomenergienutzung insgesamt; in neuem Umfeld gestaltet sich der Diskurs heute komplexer und verlangt mehr Kompetenzen, da in Kampagnen nutzbare klare negative Abgrenzungen mangels einfacher ‚Feindbilder‘ unwahrscheinlicher werden (vgl. Häfner 2015: 13; Häfner 2014: 144). Atomkritiker müssen heute nicht mehr gegen eine einheitliche ‚Front‘ aus Politik, Industrie und Wissenschaft kämpfen, im Gegenteil sind einige ihrer Forderungen erfüllt, eine grüne Partei ist im Bundestag und die ‚Energiewende‘ inklusive Atomausstieg ein mehrheitlich befürwortetes Projekt. Die „neue Gelegenheitsstruktur“ (Brunnengräber/Hocke 2014: 67) für die Anti-Atomkraftbewegung in der Endlagersuche äußert sich auch darin, dass hierbei zwei unterschiedliche Diskursrahmen konkurrieren: Die Anti-Atomkraftbewegung verbindet traditionell die Entsorgungsfrage mit allgemeinen Problemen der Atomenergie, Parteienpolitik und staatliche Akteure dagegen beschränken das Thema nun auf hochradioaktive Stoffe (vgl. Häfner 2015: 11).

Neben der Frage der thematischen Breite oder Verengung des Konfliktfeldes spielt für die Anti-Atomkraftbewegung der Umgang mit den (teils neu geschaffenen) Institutionen eine Rolle. Im Gegensatz zu ihren etablierten außerparlamentarischen Aktionsformen und Mobilisierungsstrategien muss die Bewegung sich nun verstärkt ins Verhältnis zu Gesetzgebungsverfahren und staatlichen oder parlamentarischen Verfahren setzen (vgl. Brunnengräber 2013: 3). Beispielsweise wurde die Frage der Mitarbeit in der Endlagerkommission oder der Verweigerung wegen fehlenden Vertrauens in der Anti-Atomkraftbewegung kontrovers diskutiert und könnte auch weiterhin als „Spaltpilz“ (Schluchter 2014: 142) wirken. Es kann zumindest als wahrscheinlich gelten, dass „[...] die Bewegung verstärkt staatliche Ressourcen nutzen und in hybriden Strukturen kooperieren wird, um Kritik in den Endlagersuchprozess einzubringen“ (Häfner 2014: 143). Eine lange Geschichte der Staatsnähe des deutschen Umweltschutzes (bis hin zu direkter Subventionierung von Initiativen und Verbänden) lässt ohnehin vermuten, dass Institutionenferne und -kritik teils weniger adäquate Beschreibungen tatsächlicher Praxis als eher normativer Anspruch und Selbstdarstellung sind (vgl. Uekötter 2011: 230). Die erwartbare zunehmende Einbindung der Bewegung in hybride zivilgesellschaftlich-staatliche Strukturen oder institutionelle Arrangements partizipativer Verfahren könnte jedenfalls Ressourcen kollektiven Handelns binden. Diese stünden dann nicht mehr unmittelbar für klassische Protestformen zur Verfügung. Außerdem könnten stärkere Verpflichtungen in staatlich vorstrukturierten Institutionen auch die vermittelnde Position zivilgesellschaftlicher Gruppen als Intermediäre zwischen Gesellschaft und Staat infrage stellen (vgl. Häfner 2015: 14). Im Zuge dessen dürften ‚Reformer‘, die sich im Vergleich zu den ‚Rebellen‘ der Anfangsjahre auf staatliche Strukturen einlassen, eine zunehmend wichtige Rolle einnehmen (vgl. Häfner 2014: 143). Eventuell muss sich die Anti-Atomkraftbewegung auf eine „Variation zwischen technokratischer Sicherheit und Partizipationsmöglichkeiten“ (Häfner 2014: 144) einlassen. Analog zur Beobachtung einer „Verselbständigung der parlamentarisch arbeitenden Gruppen gegenüber der außerparlamentarischen Bewegung“ (Brand 1982: 191) in den 1980er-Jahren können auch hier Eigendynamiken der institutionellen Einbindung die Erfolgsaussichten und den Handlungskontext nuklearkritischer Gruppen prägen. Bereits für die Umweltbewegung galt, dass Umweltschutz den gezielten Einsatz staatlicher Herrschaftsinstrumente und Institutionen erfordert; in gewissem Umfang ist der Wandel von informellen (bewegungspolitischen) zu formell-administrativen Praktiken unvermeidlich, wenn auch ambivalent (vgl. Radkau 2011: 617f.). Fundamental-Opposition gegen ein Endlager scheint jedenfalls keine geeignete Option für die Anti-Atomkraftbewegung zu sein (vgl.

Brunnengräber 2013: 2). Atomausstieg und Endlagersuche haben die Anti-Atomkraftbewegung gewissermaßen ‚befriedet‘ und dem Staat die Deutungshoheit über die Thematik zurückgegeben. Die politisch-administrative Einrichtung von Verhandlungsarenen fordert eine Anti-Atomkraftbewegung heraus, die auf Protest, nicht auf Verhandlungen eingestellt ist. Zudem stellt sich die grundsätzliche Frage, wer die Bewegung aus Sicht der Mitglieder, Organisationen und Sympathisanten legitim repräsentieren kann oder darf (vgl. Häfner 2014: 142). Solche Überlegungen berühren nicht zuletzt auch die kollektive Identität des ‚Dagegen‘, die nun einem ‚Dafür‘ (für einen Verhandlungsmodus, einen Standort etc.) geöffnet werden müsste. Diese sich bei der Standortsuche stellende Aufgabe kann Konflikte und Wandel innerhalb der Bewegung auslösen (vgl. Brunnengräber 2013: 2; Brunnengräber/Hocke 2014: 65).

Die Anti-Atomkraftbewegung bekommt allerdings Konkurrenz durch andere Akteure, z.B. die Kommunen mit standortnahen Zwischenlagern (vgl. Brunnengräber/Häfner 2014). Die in einzelnen Publikationen erwähnte, Atomenergie befürwortende „Arbeitsgemeinschaft der Standortgemeinden kerntechnischer Anlagen in Deutschland“ (ASKETA) vertritt Standortgemeinden, die bisher von Arbeitsplätzen und Steuereinnahmen profitiert haben. Ihre Rolle in der Endlagersuche ist noch nicht klar konturiert, sie befürchten allerdings, dass Zwischenlager zu Langzeitlagern werden könnten (vgl. Brunnengräber/Mez 2014: 376). Aktuell fordern die Standortgemeinden nukleartechnischer Anlagen offenbar eine Beteiligung an der Endlager-Kommission (vgl. Flensburger Tageblatt 2015). Weitere Wortmeldungen in diese Richtung dürften das Feld derjenigen Gruppen verändern, die Einfluss auf die Endlagersuche nehmen und Partizipation fordern. Die Umweltverbände müssten zu solchen neuen ‚Mitspielern‘ Stellung beziehen und bei strategischen Kooperations- oder Abgrenzungsbemühungen deren von der eigenen womöglich deutlich abweichende normative Position berücksichtigen.

Die Befundlage zu (potenziellen) Akteuren einer ‚nuklearkritischen Opposition‘ in der Endlagersuche insgesamt ist schwach. Es handelt sich um ein unübersichtliches Feld heterogener Akteure, deren Ziele, Vernetzungsgrad, Organisations- und Mobilisierungsfähigkeit erst noch zu untersuchen sind. Fraglich sind ihre Partizipationsforderungen und tatsächlichen Einflusschancen in einem anzustrebenden konstruktiven gesellschaftlichen Verständigungsprozess. Zu berücksichtigen wären beispielsweise

- ‚klassische‘ Gruppen der Anti-Atomkraftbewegung
- atomkritische NGOs (Greenpeace, BUND etc.)
- Kampagnen- und Vernetzungsplattformen (campact, ‚ausgestrahlt‘)
- (potenziell) von der Endlagersuche betroffene Standorte
- kommunalpolitische Initiativen vorhandener kerntechnischer Anlagen wie ASKETA
- Bundesländer (z.B. momentan Bayern und Hessen)
- Energieversorgungsunternehmen

Man kann bis zum Atomausstieg 2011 davon ausgehen, „dass sich eine kritische Einstellung der Bevölkerung zum Einsatz der Atomenergie kontinuierlich in Protestpolitik umsetzen konnte“ (Brunnengräber/Hocke 2014: 63). Es ist fraglich, inwieweit dies noch möglich ist angesichts der oben skizzierten heterogenen Akteure, die als Träger von Kritik und Protest innerhalb des veränderten Handlungskontexts der Endlagersuche infrage kommen. Zu beobachten wäre, inwiefern der

Atomkonflikt im Zuge der Endlagersuche tatsächlich seine Struktur verändert und wie er sich aus der Perspektive der Akteure darstellt. Der Konflikt um die Nutzung von Atomenergie hat die deutsche Gesellschaft polarisiert (vgl. Brunnengräber/Hocke 2014: 63f.), dies könnte auf eigene Weise auch für einen ‚Endlagerkonflikt‘ gelten.

5. Exkurs: Beobachtung einer atomkraftkritischen Veranstaltung

Parallel zum ‚Bürgerdialog Standortsuche‘ der Endlagerkommission, die als Auftakt weiterer geplanter Partizipationsveranstaltungen konzipiert war, fand am 20.06.2015 in Berlin die atomkraftkritische Tagung „Atommüll ohne Ende (Teil 2)“ statt. Sie war Ausdruck des Umstands, dass sich wesentliche Akteure der Anti-Atomkraftbewegung wie Greenpeace, ‚ausgestrahlt‘ und die Bürgerinitiative Lüchow-Dannenberg nicht an der Arbeit der Kommission beteiligen wollen, das vom Standortauswahlgesetz geprägte Verfahren ablehnen und daher auf alternative Weise den öffentlichen Diskurs kritisch zu gestalten versuchen. Zugleich handelte es sich um die inhaltliche Fortsetzung einer Tagung, die die Atomkraftgegner im März 2014 in Berlin veranstaltet hatten. Die mit der Erarbeitung sinnvoller Kriterien für das Standortauswahlverfahren betraute 33-köpfige ‚Kommission Lagerung hoch radioaktiver Abfallstoffe‘ soll indessen auch das StandAG überprüfen und Konzepte zur Öffentlichkeitsbeteiligung entwickeln² - der in diesem Rahmen angebotene ‚Bürgerdialog‘ zog aber von Beginn an die Kritik und den Boykott wesentlicher Gruppen der Atomkraftgegner auf sich. Da die Parallelveranstaltung exemplarisch sowohl Aufschluss über die inhaltliche Arbeit der nuklearkritischen Gruppen als auch ihre Positionierung angesichts eines veränderten Kontextes zu geben versprach, wurde sie vom Verfasser anhand eines teilstrukturierten Schemas teilnehmend beobachtet (vgl. Diekmann 2009: 569; Beobachtungsschema siehe Anhang, S. 17-19).

Auf der Veranstaltung wurde deutlich, dass der dort versammelte Teil der Anti-Atomkraftbewegung die veränderten Rahmenbedingungen reflektiert, aber angesichts seiner Ansprüche an Partizipation, Legitimität und Verfahrensgerechtigkeit an eingetübten Aktionsformen festhalten will. Die Anwesenden äußerten deutliche Kritik an der jetzigen Form des Verfahrens, der Kommission und deren zeitgleich stattfindenden Auftaktveranstaltung zur Partizipation in der Endlagersuche, dem ‚Bürgerdialog‘. Die anzustrebende Alternative wurde unter dem Schlagwort ‚demokratische Atommüllpolitik‘ diskutiert: Es dürfe keine parlamentarische Entscheidung ohne breite öffentliche Diskussion und keine Diskussion ohne gründliche Vorbereitung geben. Man müsse sich in einem gesellschaftlichen Verständigungsprozess die Zeit nehmen, überhaupt erst Gütekriterien für eine solche Politik zu entwickeln. Es wurden sowohl das Misstrauen gegen staatlich-institutionelle Vorgaben bezüglich nuklearer Entsorgung deutlich als auch der Anspruch, ‚die‘ Bürger zu repräsentieren. Anknüpfungspunkte zwischen den Beobachtungen und theoretischen Überlegungen ergeben sich bei mehreren Aspekten. Die Problematik einer ‚Themenkonkurrenz‘ bzw. die Herausforderung eines strategischen ‚Frame-Bridging‘ – im Sinne einer mobilisierungsfördernden inhaltlichen Verbindung von Konfliktthemen (vgl. Roose 2010: 96) – wurde bei einem Aufruf deutlich, sich bei der anstehenden UN-Klimakonferenz im Dezember 2015 in Paris für Klimaschutz und zugleich gegen Atomenergie einzusetzen. Befürchtet wird eine Renaissance der Atomenergie im Zeichen von CO₂-Reduktionen. Außerdem wurde im Kontext von Partizipationsforderungen diskutiert, ob die Anti-Atomkraftbewegung selbst Partizipations- und Dialogveranstaltungen in

² Siehe dazu <http://www.bundestag.de/endlager/> (zuletzt geprüft am 13.08.2015).

(bereits oder potenziell betroffenen) Kommunen organisieren solle. Auch wenn ein entsprechender Vorschlag aus dem Publikum auf Skepsis stieß, könnte dies als Indiz für mögliche zukünftige Innovationen taktischer oder institutioneller Art und neue Bündnisse gelten. Die Selbstbeschreibung als ‚watchdog‘ deutet zudem auf ein professionalisiertes Selbstverständnis kritischer Beobachtung hin – wird doch diese Bezeichnung überwiegend von (durchaus stark institutionalisierten und hierarchisch strukturierten) NGOs und Medienakteuren beansprucht³. Im Folgenden sind wesentliche bei der Tagung artikulierte Motive verdichtet aus Sicht der Anwesenden zusammengefasst.

Anerkennung:

Die Politik ignoriert das Wissen und die Kompetenz der engagierten Bürgerinnen und Bürger – diese haben nicht nur Expertise angesammelt, sondern die (Gorleben-) Forschung auch bezahlt.

Vertrauen:

Die jetzige Form von Endlagersuche und Kommissionsarbeit wird seitens der Atompolitik als ‚Neuanfang‘ bewertet und man verlangt von den atomkritischen Gruppen nun Vertrauen in das Verfahren. Vertrauen durch in diesem Rahmen angebotene ‚Beteiligung‘ kann aber nicht aufgebaut werden, denn das Vertrauen ist durch jahrelange Lügen, Intransparenz und Unrecht längst verloren gegangen.

Beteiligung und Verfahrensgerechtigkeit:

Im jetzigen Verfahren kann nicht von echter Beteiligung die Rede sein, da die potenziell von Tiefenlagerung betroffenen Regionen oder Standorte nicht gefragt werden. Der Prozess ist thematisch verengt und nicht ergebnisoffen, zudem ist Reden kein Selbstzweck – es muss faire Chancen geben, auf Augenhöhe an Entscheidungen mitzuwirken. Rein formaldemokratische Verfahren reichen nicht aus; eine demokratische Atommüllpolitik würde bedeuten: keine parlamentarische Entscheidung ohne breite öffentliche Diskussion, keine Diskussion ohne sorgfältige Vorbereitung.

„Echte“ Öffentlichkeit bzw. Gesellschaft:

Der ‚Bürgerdialog‘ der Kommission beansprucht, die Öffentlichkeit zu beteiligen. Tatsächlich hat ein großer Teil der TeilnehmerInnen dort aber beruflich mit dem Thema zu tun. Es ist also offensichtlich, dass ‚wir‘ die eigentliche Öffentlichkeit bzw. Gesellschaft repräsentieren.

Simulation und Inszenierung:

Das Verfahren versucht, die atomkritischen Initiativen einzubinden in eine simulierte gesellschaftliche Verständigung und damit (wie teils explizit geäußert) den Konflikt zu befrieden, ‚den Protest von der Straße zu holen‘. Wie bereits das Statement von Ex-Umweltminister Altmaier verdeutlicht (es gebe einen nationalen Konsens), besteht immer wieder die Gefahr einer vorgetäuschten Einigung. Der Bürgerdialog ist kein echter, es handelt sich vielmehr um eine Inszenierung, die Akteure der Zivilgesellschaft zu instrumentalisieren versucht.

³ Dies betrifft auch gängige sozialwissenschaftliche Fremdbeschreibungen, die die ‚watchdog‘-Funktion von Medien oder zivilgesellschaftlichen Akteuren an das Aufdecken, Veröffentlichen und Kritisieren von Missständen knüpfen und ihnen so eine kontrollierende Rolle in der politischen Öffentlichkeit der Mediengesellschaft zuschreiben.

Wahrheit und Wahrhaftigkeit:

In der Vergangenheit hat die Atompolitik massive Fehler gemacht – diese müssen benannt und die Geschichte (auch die verantwortlicher Parteien) aufgearbeitet werden. Es geht um Unrecht und Wahrheit; Probleme müssen offengelegt werden, was z.B. im nationalen Entsorgungsprogramm nicht passiert. Letztlich geht es auch darum ‚wer welche Wahrheit hat‘ – momentan gibt es jedenfalls keine gemeinsame Problemsicht.

Gorleben und die ‚alte Politik‘:

Unter neuen Voraussetzungen wird der ‚Irrweg Gorleben‘ weiter verfolgt; die Anti-AKW-Gruppen sollen diese ‚alte Politik‘ legitimieren. Unter dem Deckmantel eines vorgeblichen ‚Neuanfangs‘ verbergen sich die gleichen Probleme und Irrtümer wie schon in der Vergangenheit.

Die dargestellten Motive, die die Veranstaltung ‚Atom Müll ohne Ende‘ prägten, lassen sich einerseits als Ausdruck eines mobilisierungsfähigen Grundbestands kollektiver Orientierungen und Überzeugungen interpretieren, der nach wie vor die kollektive Identität der Anti-Atomkraftbewegung ausmacht. Dazu zählen ein anti-institutioneller Impetus und die kritisch-aufklärerische Haltung einer die etablierte Atompolitik ablehnenden Bürgerschaft. Der eingeforderte Geltungsanspruch auf Wahrhaftigkeit ist dabei wesentlich mit den negativen Erfahrungen der Vergangenheit verknüpft, deren lückenlose Aufarbeitung als Voraussetzung eines gerechten Neuanfangs gewertet wird. Erkennbar wird neben den sachlichen Auseinandersetzungen auch die symbolische Dimension der Anerkennung bürgerschaftlichen Engagements, das sich auf Gemeinwohlorientierung und erarbeitete (Gegen-) Expertise beruft. Andererseits könnten solche handlungsleitenden Motive gerade auch die ebenfalls sich ausdrückenden Schwierigkeiten erklären, sich praktisch auf die neuen Herausforderungen von StandAG, Kommissionsarbeit und Endlagersuche einzustellen und diese auf eigene Weise mitzugestalten. Die aus starken normativen Ansprüchen gespeiste Kritik an den staatlich-institutionellen Partizipationsangeboten birgt eventuell die Gefahr, letztlich auf eine Zuschauerrolle verwiesen zu bleiben – ob und wie sich dadurch eine Lücke für anders geprägte Akteure einer nuklearkritischen Opposition auftun könnte, ist eine offene Frage.

6. Fazit und weiterführende Überlegungen

Die vorliegende Arbeit hat sich mit der nuklearkritischen Opposition im Kontext der Endlagersuche befasst. Als wichtiger Akteur kann nach wie vor die seit den 1970er-Jahren als ‚neue soziale Bewegung‘ beschriebene Anti-Atomkraftbewegung gelten, die sich durch eine gegen die zivile Nutzung von Atomenergie gerichtete kollektive Identität und außerparlamentarischen Protest auszeichnet. Vor dem Hintergrund von Atomausstieg und Energiewende stehen die nuklearkritischen Gruppen allerdings vor neuen Herausforderungen, die ihre thematische Ausrichtung (trotz bleibender Relevanz von Umweltschutz und Sicherheitsaspekten), Mobilisierungs- und Aktionsformen und letztlich ihre Einflussmöglichkeiten bei der Endlagersuche betreffen. Die Kontroverse um die Nutzung der Atomtechnologie an sich wird von der Frage der sachgerechten und sozialverträglichen Einlagerung (insbesondere hoch radioaktiver) nuklearer Reststoffe abgelöst. Hierbei ist es den etablierten politischen und staatlichen Institutionen mit der Verabschiedung des Standortauswahlgesetzes und der Einrichtung der Endlagerkommission gelungen, sich zunächst die Deutungshoheit über das Verfahren und den Einfluss auf die relevanten Verhandlungsarenen zu sichern. Angesichts dieser neuen politischen Dynamik werden nuklearkritische Gruppen

voraussichtlich zunehmend zur Beteiligung in hybriden zivilgesellschaftlich-staatlichen Strukturen oder institutionellen Arrangements partizipativer Verfahren aufgefordert. Die sich dabei bietenden Einflussmöglichkeiten können sowohl für kritisch-konstruktive Gestaltung als auch als exklusive Informationsquelle für eine anschließende außerinstitutionelle Skandalisierung und Mobilisierung genutzt werden. Andererseits zeigen die jetzt schon vorhandenen und teils berechtigten Vorwürfe der ‚Instrumentalisierung‘, dass staatliche Akteure und Institutionen Bewegungsakteure als potenzielle Vetospieler ernst nehmen (müssen), deren symbolisches Kapital aber auch für eigene Zwecke nutzen. Jenseits etablierter Protestformen dürfte es damit auch auf die Kooperationsfähigkeit an den Grenzen von formellen und informellen Prozessen ankommen. Ein komplexer werdender Diskurs mit weniger klaren Feindbildern und neue institutionelle Kontexte markieren damit wesentliche Handlungsvoraussetzungen zukünftiger nuklearkritischer Praxis. Die Beobachtungen auf der Veranstaltung ‚Atom Müll ohne Ende‘ weisen darauf hin, von welchen normativen und ideellen Ressourcen insbesondere bewegungsnahe atomkraftkritische Gruppen dabei nach wie vor zehren können, aber auch welche Schwierigkeiten sich aus der Verwaltung der ‚Erbmasse‘ der Anti-Atomkraftbewegung ergeben. Weitere Akteure, die als Träger von Kritik und Protest die nuklearkritische Opposition in der Endlagersuche prägen könnten (wie Standortgemeinden, NGOs, Bundesländer etc.), dürften daher das Spektrum erweitern und zu neuen Abgrenzungs- und Kooperationsbemühungen Anlass geben. Auch taktische Innovationen und zweckdienliche Ad-Hoc-Koalitionen sind denkbar. Ein heterogenes Feld von nuklearkritischen Akteuren müsste jedenfalls zu den staatlich-institutionellen Strukturen und Institutionen der Endlagersuche Stellung beziehen, um sich Partizipationschancen zu sichern und wirksam Kritik in den Prozess einzubringen.

Die bisherigen Ausführungen und der aktuelle Wissensstand basieren überwiegend auf Literatur der historischen und sozialwissenschaftlichen Bewegungsforschung, der Endlager-Governance und daraus in Verbindung mit aktuell beobachtbaren politischen und diskursiven Prozessen abgeleiteten Plausibilitätserwägungen. Für die weitere Untersuchung der Frage, inwiefern eine ‚nuklearkritische Opposition‘ als soziale Bewegung erkennbar wird oder als kollektiver Akteur zu beschreiben ist, könnte zunächst auf eine flexible Vorstellung sozialer Bewegungen als „complex interaction fields including multiple actors“ (Diani 2011: 566) zurückgegriffen werden. Ausgehend hiervon wäre die offene, empirische Frage zu bearbeiten, welche Interaktionen, Kommunikationen und Vernetzungen welcher Akteure zu beobachten sind, die in der Endlagersuche mit Kritik oder Protest in Erscheinung treten. Folgende Fragen und Themenfelder könnten für eine vertiefende Auseinandersetzung adressiert werden:

- Als Ausgangspunkt der Erkundung einer nuklearkritischen Opposition könnte zunächst die Anti-Atomkraftbewegung dienen, weil über ihre Mobilisierungs- und Aktionsformen und ihre Geschichte mehr bekannt ist als über andere Akteure. Da ihre Anfänge in der außerparlamentarischen Opposition liegen, ließe sich untersuchen, inwiefern die veränderten Rahmenbedingungen der Endlagersuche dazu führen, von institutionenkritischen zu institutionenfreundlichen bzw. Institutionen strategisch nutzenden Praxisformen überzugehen.
- Die Heuristik einer ‚nuklearkritischen Opposition‘ sollte für eine explorative Analyse der politischen Konstellation in der Endlagersuche für komplexe und eventuell widersprüchliche Artikulationen von Kritik und Widerstand geöffnet werden. So ist durchaus mit Protest von ‚nuklearfreundlicher‘ Seite (wie ASKETA) zu rechnen, deren Kritik sich dann nicht an der Nutzung von Atomenergie per se entzündet, sondern einzelne Aspekte von Standortentscheidungen oder

Verfahrensschritten in den Blick nimmt. Um ein differenziertes Bild zu erhalten, könnten daher auf diskursiv-argumentativer Ebene verschiedene Formen von Kritik unterschieden werden. Der empirische Nachweis von ‚Atomkraftkritik‘, ‚Standortkritik‘, ‚Institutionenkritik‘ und ‚Verfahrenskritik‘ oder dergleichen könnte als Ausgangspunkt einer Akteurstypologie dienen, die neben den Kritikformen auch den Organisations- und Vernetzungsgrad, die Institutionennähe etc. beinhaltet. Die einzelnen Elemente der Typologie könnten dann auf ihre Erklärungskraft für Koalitionsbildungen, Mobilisierungen usw. geprüft werden.

- Angesichts der steigenden Wahrscheinlichkeit institutioneller Einbindung von Führungspersonen dürften sich für die Basismobilisierung nuklearkritischer Gruppen neue Herausforderungen stellen. Aus Perspektive der Anti-Atomkraftbewegung und des für sie empfänglichen Milieus kann gefragt werden, inwiefern das (wohl wenig symbolträchtige) Thema ‚Endlagerung‘ zu (neuer) Mobilisierung dient, da es schon immer Kernbestandteil des ökologischen Protests war und mit den ‚neuen sozialen Bewegungen‘ vielfältige Formen der Institutionalisierung und Organisation erfahren hat (auf die man sich nun als Sympathisant berufen kann).
- In einer Verbindung von Bewegungsforschung und Institutionentheorie lässt sich analysieren, wie die Umweltbewegung dazu beigetragen hat, eine neue institutionelle Logik auf dem Strommarkt durchzusetzen und ein neues Organisationsleitbild („grüner Stromversorger“) zu etablieren (vgl. Kern 2014). Analog hierzu kann überlegt werden, ob es auf einem entstehenden Interaktionsfeld staatlich-zivilgesellschaftlicher, ‚hybrider‘ Zusammenarbeit Akteuren gelingen kann, ein neues ‚Partizipationsleitbild‘ zu formulieren und als legitimen normativen Orientierungsrahmen zu festigen.
- Im Kontext der Endlagersuche wäre zu beobachten, ob die Einbindung in institutionelle Strukturen und Hybridorganisationen als bewegungspolitischer Anlass oder gar Zwang zu taktischen Innovationen wirkt. Denkbar wäre, dass der Versuch, auf eine neue Lage mit alten Mitteln zu reagieren, sich als problematisch für all jene Akteure erweist, die in der Auseinandersetzung um nukleare Entsorgung Kritik oder Protest artikulieren. Aber auch eine Reihe von ‚bottom up‘ angeregten institutionellen Reform- oder Innovationsimpulsen (neue Verhandlungsarenen, Behörden, NGOs etc.) könnte aus dem Widerstand in der Endlagersuche resultieren.

Kritik, Widerstand und Protest im Rahmen der Endlagersuche bedürfen mithin weiterer wissenschaftlicher Beobachtung, um die Konfliktdynamik und Erfolgschancen besser einschätzen zu können. Es ist anzunehmen, dass neben einer strategisch unter Druck stehenden Anti-Atomkraftbewegung weitere Akteure Einfluss nehmen werden und sich in den komplexen Interaktionsfeldern von Endlager-Governance, Bewegungspolitik und Standortkonflikten neue Koalitionen und (Zweck-) Bündnisse bilden. Die hier angeführten Themenfelder und Fragen können Anregungen für empirische und theoretische Folgeuntersuchungen geben. Sozialwissenschaftliche Analysen treffen hierbei nicht nur auf ein komplexes und hoch dynamisches Forschungsgebiet, sondern müssen auch mit den normativen Implikationen ihrer Verwendung im politischen Diskurs rechnen.

Literaturverzeichnis

Brand, Karl-Werner (1982): Neue soziale Bewegungen. Entstehung, Funktion und Perspektive neuer Protestpotentiale. Eine Zwischenbilanz. Opladen: Westdeutscher Verlag.

Brunnengräber, Achim (2013): Die Anti-AKW-Bewegung im Wandel. Neue Herausforderungen durch die Endlagersuche für hochradioaktive Abfälle. In: Forschungsjournal Soziale Bewegungen – PLUS (Supplement zu Heft 3/2013). Online verfügbar unter: http://forschungsjournal.de/sites/default/files/fjsbplus/fjsb-plus_2013-3_brunnengraeber.pdf (zuletzt geprüft am 25.06.2015).

Brunnengräber, Achim; Häfner, Daniel (2014): Alles neu in der Akteurslandschaft der "Endlagersuche"? In: anti atom aktuell (246), 24.11.2014.

Brunnengräber, Achim; Hocke, Peter (2014): Bewegung Pro-Endlager? Zum soziotechnischen Umgang mit hochradioaktiven Reststoffen. In: Forschungsjournal Soziale Bewegungen Vol. 27 (4), S. 59-70.

Brunnengräber, Achim; Mez, Lutz (2014): Strahlende Hinterlassenschaften aus Produktion und Konsumtion. Zur Politischen Ökonomie des Atommülls. In: PROKLA Vol. 44 (176), S. 371-382.

Buechler, Steven M. (2011): New Social Movement Theory. In: Ritzer, George; Ryan, J. Michael (Hg.): The Concise Encyclopedia of Sociology. Chichester/Malden: Wiley-Blackwell. S. 423-424.

Diani, Mario (2011): Networks and Social Movements. In: Ritzer, George; Ryan, J. Michael (Hg.): The Concise Encyclopedia of Sociology. Chichester/Malden: Wiley-Blackwell. S. 566-567.

Diekmann, Andreas (2009): Empirische Sozialforschung. Grundlagen, Methoden, Anwendungen. Reinbek bei Hamburg: Rowohlt.

ENTRIA (2014): Memorandum zur Entsorgung hochradioaktiver Reststoffe. Online verfügbar unter: http://www.entria.de/fileadmin/entria/Dokumente/ENTRIA_Memorandum_140430.pdf (zuletzt geprüft am 10.07.2015).

Flensburger Tageblatt (2015): Brunsbüttel und Brokdorf: Werden die AKW-Standorte zu Endlagern?, 20.05.2015. Online verfügbar unter: <http://www.shz.de/lokales/norddeutsche-rundschau/brunsbuettel-und-brokdorf-werden-die-akw-standorte-zu-endlagern-id9749591.html> (zuletzt geprüft am 10.07.2015).

Häfner, Daniel (2014): Die Perspektiven der Anti-AKW-Bewegung im Kontext der „Endlagersuche“. In: Forschungsjournal Soziale Bewegungen, Vol. 27 (4), S. 142-146.

Häfner, Daniel (2015): Das Standortwahlgesetz und die Anti-Atom-Bewegung. Sozialwissenschaftliche Umweltfragen: Berichte & Arbeitspapiere / Reports & Working Papers (5), TU Cottbus. Online verfügbar unter: <https://opus4.kobv.de/opus4-btu/frontdoor/index/index/id/3462/docId/3462> (zuletzt geprüft am 10.07.2015).

Hocke, Peter; Grunwald, Armin (Hg.) (2006): Wohin mit dem radioaktiven Abfall? Perspektiven für eine sozialwissenschaftliche Endlagerforschung. Berlin: edition sigma.

Hocke, Peter; Kallenbach-Herbert, Beate (2015): Always the Same Old Story? Nuclear Waste Governance in Germany. In: Brunnengräber, Achim et al. (Hg.): Nuclear Waste Governance. An International Comparison. Wiesbaden: Springer. S. 177-201.

Jasper, James M. (2011): Social Movements. In: Ritzer, George; Ryan, J. Michael (Hg.): The Concise Encyclopedia of Sociology. Chichester/Malden: Wiley-Blackwell. S. 565-566.

Kern, Thomas (2014): Die Umweltbewegung und der Wandel der institutionellen Logik auf dem Strommarkt. In: Zeitschrift für Soziologie, Vol. 43 (5), S. 322-340.

Ott, Konrad (2014): Handeln auf Probe für die Ewigkeit? Die Einlagerung hochradioaktiver Reststoffe als eine Generationenaufgabe. In: Karafyllis, Nicole C. (Hg.): Das Leben führen? Lebensführung zwischen Technikphilosophie und Lebensphilosophie. Für Günther Ropohl zum 75. Geburtstag. Berlin: edition sigma. S. 239-258.

Radkau, Joachim (2011): Die Ära der Ökologie. Eine Weltgeschichte. München: Beck.

Raschke, Joachim (1988): Soziale Bewegungen. Ein historisch-systematischer Grundriß. Frankfurt/New York: Campus.

Roose, Jochen (2010): Der endlose Streit um die Atomenergie. Konfliktsoziologische Untersuchung einer dauerhaften Auseinandersetzung. In: Feindt, Peter H.; Saretzki, Thomas (Hg.): Umwelt- und Technikkonflikte. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften. S. 79-103.

Roose, Jochen (2012): Wollen die Deutschen das Klima retten? Einstellungen und Handlungen zum Klimaschutz. In: Forschungsjournal Soziale Bewegungen, Vol. 25 (2), S. 87-98.

Roose, Jochen (2013): Soziale Bewegungen als Basismobilisierung. Zum Verhältnis von Basis und Führungspersonal in den Ansätzen der Bewegungsforschung. In: Speth, Rudolf (Hg.): Grassroots-Campaigning. Wiesbaden: Springer VS. S. 141-157.

Rucht, Dieter (1980): Von Wyhl nach Gorleben. Bürger gegen Atomprogramm und nukleare Entsorgung. München: Beck.

Rucht, Dieter (1994): Modernisierung und neue soziale Bewegungen. Frankfurt/New York: Campus.

Rucht, Dieter (2008): Anti-Atomkraftbewegung. In: Roth, Roland; Rucht, Dieter (Hg.): Die sozialen Bewegungen in Deutschland seit 1945. Ein Handbuch. Frankfurt/New York: Campus. S. 245-266.

Rucht, Dieter (2011): Zum Stand der Forschung zu sozialen Bewegungen. In: Forschungsjournal Soziale Bewegungen, Vol. 24 (3), S. 20-47.

Schluchter, Wolf (2014): Keine Ausstrahlung von Vertrauen. In: Politische Ökologie (137), S. 140-143.

Uekötter, Frank (2011): Am Ende der Gewissheiten. Die ökologische Frage im 21. Jahrhundert. Frankfurt/New York: Campus.

Anhang

Tn Beobachtung Berlin
Felix Wittstock
20.06.2015

Erkenntnisinteresse / Fragestellung:

- Wer bildet die Opposition in der Endlagersuche?
- Welche bewegungsinternen Positionen oder Konflikte werden deutlich?
- Welche Haltung wird zur Kommission und zur offiziellen Endlagerpolitik eingenommen?

Schema der zu beobachtenden Elemente

<i>Element</i>	<i>Merkmale</i>	<i>Notizen</i>
1. Teilnehmer-Innen	viel / wenig aktive Teilnehmer oder bloß Zuschauer ihre Rollen in betreffender Situation ,Milieu' Alter Mitgliedschaften	<ul style="list-style-type: none">- Saal voll, laut Veranstalter mehr Tn als erwartet- Aktive Minderheit, die sich mit Fragen etc. zu Wort meldet, Mehrheit interessierte Zuschauer- Offenbar zahlreiche Tn aus Wendländer Gruppen- Maßgebliche Veranstalter und Akteure der ,Gegen'-Veranstaltung: BI Lüchow-Dannenberg, .ausgestrahlt und Greenpeace (äußern sich maßgeblich gegen die jetzige Form von Endlagersuche und Kommissionsarbeit)- Tn machen den Eindruck, aus dem ,klassischen' Anti-AKW-Protest zu stammen und insbesondere eine Politisierung durch das Thema Gorleben erfahren zu haben- Altersdurchschnitt zwischen 55 und 65 Jahren- Vertretene Gruppen: BI Lüchow-Dannenberg, .ausgestrahlt, Greenpeace, BUND NRW, Fukushima Mahnwache Schönberg, AG Schacht Konrad

2. Interaktion	Struktur der Kommunikation zwischen ReferentInnen und Publikum Folgen der Interaktion	<ul style="list-style-type: none"> - Überwiegend moderierte Podiumsdiskussionen und Vorträge / Statements einzelner RednerInnen auf der Bühne; nach einzelnen Beiträgen Fragen und Kommentare aus dem Publikum (Mikrofon wird herumgereicht) - Häufig bestätigende Zwischenrufe und Kommentare aus dem Publikum, Szenenapplaus für einzelne Äußerungen der ReferentInnen - Einzelbeiträge auf dem Podium überwiegend im Duktus von Bestandsaufnahmen, Analysen, Berichten, Expertise und Zusammenfassungen; eher selten emotionale oder provokative Beiträge - Kommunikation ist von Vertrautheit und Gemeinschaftsgefühl geprägt; Tn duzen sich größtenteils; ReferentInnen sprechen teils einzelne Personen im Publikum mit Vornamen an; personelle und Inhaltliche Aspekte werden als bekannt vorausgesetzt
3. Inhaltliche Positionen	Konsens / Dissens Haltung zur offiziellen Endlagersuche und zur Kommission	<ul style="list-style-type: none"> - Konsens bezüglich der grundsätzlichen Kritikwürdigkeit der jetzigen Form von Endlagersuche und Kommissionsarbeit <ul style="list-style-type: none"> → Anwesende scheinen sich einig in ihrer Opposition zu sein, diese Haltung wird im Lauf der Veranstaltung auf verschiedene Weisen zum Ausdruck gebracht → es wird (teils heftige) Kritik geäußert an den Akteuren der ‚Bewegung‘, die doch an der Kommission teilnehmen - Im Bürgerdialog der Kommission ist nicht die ‚wahre‘ Gesellschaft / Öffentlichkeit vertreten - Widerstand gegen ‚Endlager-Durchsetzung-Gesetz‘ und Forderung eines ergebnisoffenen Prozesses (vs. Politik, die vorgehend ‚vom Ende her denkt‘) und einer ‚echten‘ Beteiligung an Entscheidungen; „Erst wenn unsere Themen in der Mitte der Debatte angekommen sind, können wir miteinander reden“; Alternativen zur Tiefenbohrung werden nicht ernsthaft diskutiert - Fehler aus der Vergangenheit müssen benannt und aufgearbeitet werden; es geht um Unrecht und Wahrheit (‚Wahrheitskommission‘ angestrebt), Probleme dürfen nicht länger geleugnet oder ignoriert werden (hierzu Kritik am nationalen Entsorgungsprogramm) - Verfahren insgesamt falsch: z.B. Reihenfolge StandAG-Kommission-Beteiligung (Beteiligung hätte am Anfang stehen müssen) - Kritik an Konzentration auf Bergwerks-Konzepte und Tiefenlagerung; Kommission verfolgt unter neuen Voraussetzungen den ‚alten Irrweg‘ Gorleben; Politik legt einseitig Kriterien fest; Tn wollen nicht alte Politik legitimieren - Wahrnehmung der Kommissionsarbeit: „Die Brandstifter inszenieren eine Befriedungsveranstaltung“; „Gesetz hat Macht gewonnen über die, die es verändern wollten“

		<ul style="list-style-type: none"> - Drucksache der Kommission und Papier von DEMOS/Prognos zur Bürgerbeteiligung als „Drehbuch für simulierte gesellschaftliche Verständigung“; offizieller Bürgerdialog als „Budenzauber“ → es wird mehrfach aus den Papieren zitiert und betont, es werde versucht, die Anti-Atom-Initiativen in eine falsche Beteiligung einzubinden (zudem werden die dort vorgeschlagenen Mittel wie Dokumentarfilm etc. heftig kritisiert und ironisch kommentiert); die anderen Akteure machten sich ein falsches Bild - Reden kein Selbstzweck, Forderung einer ‚echten‘ neuen Dialogkultur - Dissens bzw. Zweifel bzgl. eines spontanen Vorschlags aus dem Publikum, selber Partizipationsveranstaltungen zu organisieren, damit die bisher ausgeschlossenen potenziell von Tiefenlagerung Betroffenen auch eingebunden werden - Plädoyer, sich nicht unter Druck setzen zu lassen („Müssen uns die Zeit nehmen“) und der neuen Lage (Zwischenlager werden zu Endlagern) Rechnung zu tragen; Rede vom ‚Zeitfenster‘ wird abgelehnt; Kritik an Äußerungen politischer Akteure, wenn die Kommission scheitert, werde der Müll exportiert - Eingeständnis der ‚Zwickmühle‘, wie mit dem Thema Müll umzugehen ist und mit der alten Forderung, sich erst über Endlager zu verständigen, wenn kein weiterer Müll produziert wird - „Es gibt schon eine gewisse Aufsplitterung von Kräften“: einige nehmen an der Kommission teil, andere haben Mitarbeiterstellen, wieder andere boykottieren „und wir hängen irgendwie dazwischen“ - Bleibender Konflikt mit der Kommission und der Atompolitik: keine gemeinsame Problemsicht; Hauptaufgabe der ‚Bewegung‘ weiterhin ‚watchdog‘ zu sein und die aktuelle Politik zu thematisieren, skandalisieren und kritisieren und auf den Dissens aufmerksam zu machen
<p>4. Homogenität/ Heterogenität der ‚Bewegung‘</p>	<p>Hinweise auf Vernetzung Kommunikationskanäle Organisations- und Konfliktfähigkeit Wille zur Koalitionsbildung Formen der Vergemeinschaftung</p>	<ul style="list-style-type: none"> - In der Regel ist die Rede von ‚Wir‘ → Darstellung von gemeinsamen Erfahrungshintergründen, Motiven, Haltungen und Zielen - Zugleich Darstellung der Schwierigkeiten: ‚Zwickmühle‘, sich zum Thema Müll zu verhalten; „Aufsplitterung von Kräften“ hinsichtlich der veränderten Konstellationen (z.B. Zwischenlager werden zu Endlagern) und der Mitarbeit in / Kritik an der Kommission - Selbstbewusstsein hinsichtlich der eigenen Relevanz und Rolle: „wir wissen, wie man so etwas verhindert“; ‚ohne uns wird das nicht funktionieren‘ etc. - Umfeld der Veranstaltung: Banner, Poster, Plakate; Stände mit Materialien der Initiativen .ausgestrahlt und BI Lüchow-Dannenberg (Buttons, Produkte, Flyer, Broschüren, Magazine etc.) - Kommunikation in den Pausen, beim Essen etc.: Tn sind in Gruppen angereist, kennen sich größtenteils und knüpfen an frühere Erfahrungen an, diskutieren aktuelle Entwicklungen in der Atompolitik etc.; insgesamt familiäre Atmosphäre, keine sichtbaren Kontroversen oder Konflikte zwischen den Anwesenden